

Ein bisschen Frieden

Verteidigung Die SPD-Führung will den Streit um höhere Militärausgaben zu einem der großen Wahlkampfthemen hochziehen. Ihr hilft, dass die Union Fehler gemacht hat und die Nato-Vorgaben nicht so eindeutig sind, wie sie erscheinen.

Es ist eine illustre Runde, die sich jeden Mittwochmorgen vor der Kabinettsitzung im Auswärtigen Amt zum sozialdemokratischen Frühstück trifft. Gastgeber Sigmar Gabriel und die anderen fünf SPD-Minister, Kanzlerkandidat Martin Schulz, Fraktionschef Thomas Oppermann, die Generalsekretärin und einige Mitarbeiter.

Die Stimmung ist prächtig in diesen Tagen. Schulz wird in der Partei als Messias gefeiert, die CDU reagiert ratlos bis nervös, und ihre Spitzenleute patzen. So wie Finanzstaatssekretär Jens Spahn, der im Streit um höhere Wehrausgaben forderte, „etwas weniger die Sozialleistungen“ zu erhöhen und „mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben“ zu schauen.

Aufrüstung kontra soziale Gerechtigkeit – die Frühstücksrunde realisierte sofort, dass Spahn den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt hatte. Vor dem eigenen Tor. Jetzt musste nur noch zugetreten werden. „Ich bin für Abrüstung, nicht für Aufrüstung“, sagte Schulz in der Runde. Wer wollte dem widersprechen? Die Anwesenden jedenfalls nicht, und so stand schnell fest, dass die SPD ein neues Thema gefunden hatte.

Der Dreiklang aus Frieden, Abrüstung und Entwicklungshilfe soll die Union weiter in die Defensive treiben. Gabriel und Schulz verließen das Frühstück mit dem Auftrag, den Komplex wahlkampfkompatibel zu machen.

Wenig später, bei der SPD-Krönungsmesse für Schulz am vergangenen Sonntag in Berlin, lieferten sie. Gabriel machte den Anfang. „Kampf gegen Hunger und Elend und der Aufbau von Lebensperspektiven schaffen mehr Frieden als jede Panzerhaubitze“, donnerte er in den Saal. In Afrika verhungerten und verdursteten Millionen Menschen, „weil die Weltgemeinschaft zuschaut und lieber in Panzer und Raketen investiert“.

Da wurde den sozialdemokratischen Delegierten warm ums Herz. Sie jubelten ihrem „Sigmar“ zu, dessen Rede seine letzte als Parteivorsitzender war. Krieg und Frieden haben die Genossen immer bewegt. Nichts hat sie im Nachkriegsdeutschland so stolz gemacht wie 1971 der Friedensnobelpreis für Willy Brandt, nichts so traumatisiert wie der Streit um die Nato-Nachrüstung, die mit Helmut Schmidt ausgerechnet ein Sozialdemokrat vorantrieb.

Nach Gabriel war Schulz an der Reihe. Der verknüpfte die Friedensfrage mit dem anderen großen SPD-Thema, der Gerechtigkeit. Spahn habe angekündigt, „dass der Rüstungsetat jährlich um 20 Milliarden Euro erhöht und zugleich bei den Sozialausgaben weniger ausgegeben werden“ solle, rief er. Das war eine großzügige Interpretation der Spahn-Äußerungen, aber es herrscht Wahlkampf, und da verschwinden Details schnell im Beifall der eigenen Anhänger.

Der Testlauf, so viel steht nach dem Parteitag fest, kann als gelungen gelten. Die Genossen sind sich sicher, dass sie mit dem Streit um höhere Rüstungsausgaben ein Wahlkampfthema mit großem Potenzial identifiziert haben.

Gerhard Schröder wird heute noch in der Partei gefeiert, weil er sich 2002 als Kanzler dem ungeliebten US-Präsidenten George W. Bush entgegenstellte, den Irakkrieg ablehnte und so überraschend die Bundestagswahl gewann. Fast nebenbei heilte er damit die friedenspolitische Wunde, die Helmut Schmidt der SPD gerissen hatte.

Von Schröder lernen, heißt Siegen lernen, glauben Gabriel und Schulz. Für sie ist der Kampf gegen höhere Militärausgaben die Chiffre für den Widerstand gegen einen US-Präsidenten, der nicht nur Sozialdemokraten Angst einjagt. Denn Donald Trump ist es, der die Debatte zuverlässig immer neu anfeuert.

Er drängt die Nato-Staaten, ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen und bis 2024 mindestens zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. Dabei geht es ihm vor allem um Deutschland, das als größtes und wirtschaftlich stärkstes europäisches Bündnismitglied ein schlechtes Vorbild für die anderen ist. Gerade die Deutschen, die innerhalb der EU stets so entschieden auf die Einhaltung von Absprachen pochen, geben nur 1,2 Prozent für ihr Militär aus, weniger als Großbritannien und Frankreich.

Auch Schulz und Gabriel wissen, dass die Streitkräfte seit Jahren zu wenig Geld bekommen. „Wer sich den Zustand der Bundeswehr anschaut, der weiß, dass wir dort mehr investieren müssen“, sagt Gabriel. Doch gleichzeitig nutzt er die Debatte, um antiamerikanische Ressentiments seiner Wähler zu bedienen und die

Union in die ungemütliche Position zu manövrieren, Trumps Geldforderungen verteidigen zu müssen.

Eifrig arbeiten Schulz und Gabriel in diesen Tagen am Bild der aufrechten Friedens- und Gerechtigkeitspartei SPD, die gegen eine amerikahörige und kalte Union antritt. Bislang funktioniert das nicht schlecht, doch die Strategie ist nicht ohne Risiken und Nebenwirkungen.

Die Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahren den Außenminister gestellt und alle außenpolitischen Entscheidungen mitgetragen, auch die Nato-Gipfelerklärung von Wales, in der 2014 die Zwei-Prozent-Vorgabe festgehalten wurde. Neu-Außenminister Gabriel bewegt sich auf vermintem Gelände, jede falsche Bewegung kann ins Unglück führen, und Disziplin gehört nicht zu seinen Stärken.

Im Kanzleramt und in der Fraktionsspitze der Union jedenfalls glaubt man, dass Gabriel schon zu weit gegangen ist, als er bei einer SPD-Veranstaltung in Wolfenbüttel warnte, in der Mitte Europas drohe ein „Militärbulle“ zu entstehen. Doch die Nervosität bleibt. Auf keinen Fall will sich die Unionsführung in der Frage so zerstreiten wie in der Flüchtlingspolitik. Selbst CSU-Chef Horst Seehofer, der gerade in Wahlkampfzeiten ein feines Gespür für die Stimmung im Volk hat, ist in diesem Punkt eindeutig. Deutschland müsse seinen „Nato-Verpflichtungen uneingeschränkt nachkommen“, sagte er schon Mitte Februar.

Allerdings wollen sowohl Seehofer als auch Merkel verhindern, dass die Union der SPD unbeabsichtigt eine Vorlage für einen Friedenswahlkampf liefert. Das Schröder-Trauma sitzt bei der CDU ähnlich tief wie das Schmidt-Trauma bei der SPD. Merkels Partei hatte 2002 auf den eindeutigen Anti-US-Kurs des Kanzlers mit einer unklaren, schwer verständlichen eigenen Position reagiert. Noch einmal soll das nicht passieren.

Bei einem Treffen der Spitzen von CDU und CSU am vergangenen Mittwoch im Kanzleramt beteuerte Merkel, an einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben führe kein Weg vorbei. Seehofer stimmte ihr zu. Das kommt in diesen Tagen nicht so oft vor.

Die Kanzlerin hat immer wieder öffentlich erklärt, Deutschland müsse mehr Geld



IPON / IMAGO



ARMIN WEIGEL / DPA

Kontrahenten Gabriel, Merkel, Bundeswehr-Schützenpanzer „Marder“
Im Wahlkampf verschwinden Details schnell im Beifall der eigenen Anhänger



Nato-Gipfel 2014 in Wales: Jede falsche Bewegung kann ins Unglück führen

für Verteidigung ausgeben. „Verpflichtungen müssen schon erfüllt werden“, sagte sie auf dem Landesparteitag der CDU Ende Februar in Stralsund. Merkel traut sich zu, den Wählern erklären zu können, warum die Bundeswehr modernisiert werden muss.

In einem internen Papier des Verteidigungsministeriums wird haarklein aufgelistet, wo eine Modernisierung des Materials unumgänglich ist. So schlage allein der Ersatz für den im Jahr 1972 eingeführten Transporthubschrauber CH-53 mit sechs Milliarden Euro zu Buche. Für die Bestellung neuer Lkw würden 2,7 Milliarden Euro benötigt. Und für den Ersatz von Freigattungen, die vor drei Jahrzehnten in den Dienst gestellt wurden, müssten 9 Milliarden Euro veranschlagt werden. Es gehe nicht um Aufrüstung, sondern um ein „Minimum an Ausrüstung“, sagt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im SPIEGEL (siehe Seite 31).

Allerdings will die Union auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass für die Militärausgaben der Bildungs- oder der Sozialetat gekürzt wird. Da waren sich Merkel und Seehofer einig. „Wenn wir jetzt Soziales gegen Rüstung ausspielen, dann hat die SPD gewonnen“, heißt es in der CDU. Das richtete sich gegen den unglücklichen Jens Spahn, der den Sozialdemokraten den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt hatte.

So wird sich der Rüstungsstreit vor allem um die Frage drehen, wie viel Geld in die Truppe fließen soll. Auf der einen Seite hat Gabriel erklärt, dass auch er die Not-

wendigkeit sieht, die Bundeswehr zu modernisieren. Auf der anderen Seite halten es auch viele in der Union für unrealistisch, dass Deutschland im Jahr 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts fürs Militär ausgibt, denn das würde fast eine Verdoppelung des Etats bedeuten.

Die Steigerung der Rüstungsausgaben sei nur in „vernünftigen Tranchen“ machbar, sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble in der Runde im Kanzleramt. Mit anderen Worten: auf keinen Fall so schnell, wie Trump oder Ministerin von der Leyen sich das wünschen.

Tatsächlich ist umstritten, was auf dem Nato-Gipfel von Wales im Jahr 2014 vereinbart wurde. „Die Nato hat niemals beschlossen, dass wir in acht Jahren zwei Prozent unseres Sozialprodukts für Verteidigung ausgeben sollen“, erklärte Außenminister Gabriel vergangenen Sonntag auf dem SPD-Parteitag. „Dann haben es die 27 Länder falsch verstanden?“, fragt dagegen Verteidigungsministerin von der Leyen.

Wer hat recht? Die Wahrheit ist kompliziert. Von der Leyen und Gabriel beziehen sich auf denselben Satz aus der Abschlusserklärung von Wales. Da heißt es, die Bündnispartner „werden darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen“.

Die Gipfelerklärung von Wales ist nur im historischen Kontext verständlich. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten die Nato-Staten ihre Verteidigungsausgaben drastisch gesenkt, um nun end-

lich eine „Friedensdividende“ einzufahren. Für die Bundeswehr hatte das beispielsweise zur Folge, dass der Bestand an „Leopard 2“-Kampfpanzern drastisch zusammengestrichen wurde, von 2000 auf 225 im Jahr 2011.

Ursprünglich sollte das Zwei-Prozent-Ziel dazu dienen, die neuen Nato-Mitglieder in Osteuropa dazu anzuhalten, in neues Militärgerät zu investieren. Die USA wollten die Vorgabe später für alle Partner verbindlich machen, doch dem widersetzten sich viele Europäer und die Kanadier, die ihre Sozialhaushalte nicht dem Militär opfern wollten.

Nach der russischen Besetzung der Krim im Jahr 2014 wechselte Deutschland, das sich bis dahin einer massiven Erhöhung des Verteidigungshaushalts widersetzt hatte, plötzlich das Lager. Es war die Bundesregierung, die im Nato-Rat mehrere Vorschläge machte, um die Mitglieder zu höheren Militärausgaben zu animieren.

Allerdings achtete die schwarz-rote Koalition sorgfältig darauf, das Zwei-Prozent-Ziel so weich wie möglich zu formulieren. „Darin waren sich Kanzleramt, Verteidigungsministerium und Auswärtiges Amt einig“, erinnert sich ein Spitzenbeamter des Auswärtigen Amtes, das im Frühjahr 2014 noch von Frank-Walter Steinmeier geführt wurde.

Niemand ahnte damals, dass genau diese Unschärfe drei Jahre später die Grundlage für einen Streit im Wahlkampf liefern sollte.

Konstantin von Hammerstein, Horand Knaup, Ralf Neukirch, Christoph Schult, Severin Weiland